

Eugen Richters Bedeutung für die Gegenwart¹

Es ist mir bewusst, dass ich mich heute auf vermintem Gelände bewege. Als studierter Historiker, der ich schließlich bin, weiß ich, dass ein Redetitel wie »Eugen Richters Bedeutung für die Gegenwart« schnell zur Aberkennung fachlicher Reputation führen kann. Und das noch vor einem historisch nicht gerade unbeleckten Publikum.

Methodisch unzulässige Analogieschlüsse zwischen historisch einzigartigen Zusammenhängen und Kontexten gelten zu Recht als problematisch, wenn nicht als noch etwas Schlimmeres. Hinzu kommt im politischen Kontext noch der ständig lauende Ideologieverdacht: Instrumentalisierung einer hehren Geisteswissenschaft zu tagespolitischen Zwecken.

Es gibt indes einen Weg, diesem durchaus ernstzunehmenden Einwand adäquat zu begegnen, nämlich mit Chuzpe, mit Dreistigkeit und ein wenig Bereitschaft zum Glückspiel, ob man damit durchkommen kann.

Da ich mich aufgrund meiner Position darauf berufen kann, dass der politische Zweck stets über dem Vergangenen zu stehen habe, sollte mir das nicht schwer fallen. Das fällt umso weniger schwer, wenn die Tagespolitik Tendenzen aufweist, die einem dies erleichtern.

Nicht nur dem – ansonsten in seinen Konsequenzen ja eher nicht so erfreulichen – Ergebnis der Bundestagswahl verdanken wir die einmalige Möglichkeit, die heutigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungstendenzen in einen Wahrnehmungseinklang zu bringen mit dem pessimismusgetränkten Bild, das man sich heute von jenem *fin de siècle* macht, in dem Eugen Richter gestaltende Kraft des Fortschrittsliberalismus war.

Um die Freiheit stand es damals wie heute nicht sonderlich gut. Eugen Richter durchlebte Zeiten des Auf und Ab des Liberalismus wie kaum ein Anderer. Politisch sozialisiert wurde er in der Zeit nach 1848 und vor dem einschneidenden Datum der Reichseinigung von 1870/71. In dieser Zeit war der Liberalismus europaweit auf dem Vormarsch. Selbst dort, wo dieser Trend – etwa in den meisten deutschen Ländern – nicht vom heute so genannten »organisierten Liberalismus« regierend getragen wurde, war der Trend zu Konstitutionalismus und Wirtschaftsliberalisierung allenthalben spürbar. Begleitet wurde dies von einer überaus lebendigen liberalen »Zivilgesellschaft« (wie

1 Überarbeitete Fassung des Festvortrages anlässlich der Verleihung des Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnispreises am 22. Oktober 2006 in Gummersbach

man wohl heute sagen würde). Das aufstrebende Genossenschaftswesen schuf eine populäre Basisverankerung, die heute zu Unrecht belächelt wird, obwohl der heutige organisierte Liberalismus kaum etwas Adäquates vorweisen kann. Man darf nicht vergessen, dass nicht nur für den Genossenschaftler Eugen Richter hier die eigentliche Schule des politischen und sozialen Engagements lag.

Neben den Genossenschaften war noch eine Vereinigung von Gewicht für Richters politische Sozialisation: 1858 gründete sich als einer der ersten politischen Organisationen, die staatenübergreifend in Deutschland tätig waren, der »Kongress Deutscher Volkswirte«, der Kern des so genannten »deutschen Manchestertums«. Als eine aus Unternehmern, Intellektuellen und Genossenschaftlern zusammengesetzte Organisation zur Durchsetzung liberaler Wirtschaftspolitik, der auch Richter angehörte, trug sie viel zur wirtschaftlichen Einigung Deutschlands durch den Zollverein und zur Integration in den immer freihändlerischer werdenden europäischen Wirtschaftsraum bei.

Obendrein: Der Fortschrittsliberalismus, so kann mit Recht gesagt werden, dominierte in der Presse der Zeit, was nicht zuletzt Richters persönliches Verdienst war.

Richter gehörte zu den Pionieren moderner Wahlkampfmethoden mit durchorganisierter Agitation und hoher publizistischer Präsenz. So richtete er für das Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei zusammen mit seinem Mitstreiter Ludolf Parisius einen Broschürenfonds ein, mit dessen Hilfe es gelang, Informationsschriften, volkswirtschaftliche Aufklärungsbroschüren, aber auch Reichstags- oder Versamlungsreden in hoher Auflage zu drucken, um so den öffentlichkeitswirksamen Radius von Abgeordneten zu vergrößern. Nach eigenen Angaben brachte Richter allein zwischen Oktober 1879 und Dezember 1881 ganze 48 Broschüren in einer Auflage von 161.000 Stück heraus. 1885 ergänzte er dieses publizistische Angebot noch um die täglich erscheinende »Freisinnige Zeitung«, die er bis zum Jahr 1904 selbst leitete. Sie blieb aber auch danach das wichtigste Publikationsorgan der Fortschrittsliberalen. 1882 kam noch der monatliche »Reichsfreund« dazu, den Richter wiederum mit Parisius herausgab. Darüber hinaus war die Gegenwart Richters in fast allen wichtigen Presseorganen der Zeit zu spüren, die er unermüdlich mit Artikeln belieferte.

Während man den Kontext des Richterschen Wirken in seiner Anfangszeit als einen Aufwärtstrend für den Liberalismus (insbesondere des Fortschrittsliberalismus) bezeichnen kann, kann man dies für die spätere Zeit – insbesondere nach der Aufspaltung der Fortschrittsliberalen im Jahre 1893 – nur schwerlich diagnostizieren. Die Kehrtwende Bismarcks in der Handelspolitik vom Freihandel zur Schutzzollpolitik 1878 leitete die Wende ein. Freihandel war – das darf man nicht vergessen – mehr als ein wirtschaftspolitischer Teilaspekt,

sogar mehr noch als das berühmte Diktum Friedrich Naumanns, dass »die Frage des Freihandels. . . nicht eine Teilfrage der Volkswirtschaft <sei>, sondern ist die Frage der volkswirtschaftlichen Willensrichtung überhaupt.« Der Freihandel war in der öffentlichen Wahrnehmung das wirtschaftspolitische Fundament des Anspruchs der Liberalen, als eine sozial engagierte Kraft auftreten zu können. Der Kampf für Freihandel war der Kampf gegen den privilegierten, agrar-elitären »Brotverteurer«. Er war, was den heutigen Beobachter vielleicht erstaunen mag, so etwas wie ein »linkes Anliegen«. Bismarcks Kurswechsel unterminierte diesen Anspruch. Desgleichen tat die Sozialgesetzgebung.

Sie untergrub ökonomisch und auch in der öffentlichen Wahrnehmung die noch bestehenden Restbestände liberaler Sozialdominanz, weil sie das Genossenschaftswesen zunehmend obsolet zu machen schien. Bismarck tat dies ja nicht nur, um den Sozialisten das staatssozialistische Wasser abzugraben (was nicht gelang) und die letzte Verankerung der Liberalen in der Arbeiterschaft, über die die Fortschrittsliberalen noch verfügten, zu zerstören (was weitgehend gelang). Gleichzeitig mit der Zerstörung des sozialen Aspekts des liberalen Genossenschaftswesens und des privaten Versicherungswesens lancierte Bismarck obendrein eine noch das heutige Geschichtsverständnis dominierende Propaganda von der völligen sozialen Gefühlskälte der »Clique der Manchesterpolitiker«, die nur »Vertreter des mitleidlosen Geldsacks« seien. Sie wirkt bis heute im Liberalismusbild der Deutschen fort.

Zumindest dürfte sie viel dazu beigetragen haben, dass das liberale Konkurrenzprogramm zur Staatswohlfahrt nicht ausschließlich an immanenten Faktoren zerbrach. Dass dies eher Folge des überaus geschickten Tuns des politischen Gegners war, dafür spricht die Tatsache, dass die erste der Bismarckschen Sozialversicherungen 1883 die Krankenversicherung war. Dies war nämlich bisher der effizienteste Bereich der privaten und genossenschaftlichen Vorsorge gewesen, wo objektiv der geringste politische Handlungsbedarf bestand. Rund 2/3 derer, die nun zwangsweise dem staatlichen System einverleibt wurden, waren schon zuvor in irgendeiner Form gegen Krankheitsrisiken versichert. »Das Ausmaß, in dem die soziale Krankenversicherung damals an zuvor schon spontan und privat entstandenen Institutionen anknüpfen konnte, zeigt, dass selbst eine noch arme Bevölkerung des wohlwollenden Paternalismus von Seiten des Staates nicht so dringend bedarf. . .«, urteilte einmal die vor einigen Jahren verstorbene Wirtschaftspublizistin Renate Merklein. Die staatliche Arbeitslosenversicherung, die in privatgenossenschaftlicher Weise nur schwer organisiert werden kann (nur potentiell Arbeitslose – also diejenigen, die sich selbst als »Risikogruppe« definieren – würden einzahlen) wurde hingegen erst 1927 eingeführt. Diese zeitliche Reihenfolge unterstreicht die eigentlich politisch motivierte – und destruktive – Richtung der Bismarckschen Reformen.

Aber das Spiel funktionierte. Dem Fortschrittsliberalismus wurde noch mehr das Wasser abgegraben als den Sozialdemokraten.

Hinzu kam in den späteren wilhelminischen Jahren, eine den neuen Sozialprotektionismus flankierende kulturelle Hegemonie der Antiliberalen. Das Flottenprogramm, der Kolonialismus und ein perfide mit antiliberalen und antikapitalistischen Klischees bestückter Antisemitismus wurden auch in jenen bürgerlichen Schichten salonfähig, die bisher zu den Trägern eines fortschrittlich-liberalen Kulturverständnisses gehörten. Heinrich Manns großes Werk »Der Untertan« beschreibt eindrücklich jenen grauenerregenden Umwandlungsprozess, gegen den Eugen Richters Liberalismus das letzte, aber auf verlorenem Posten stehende Bollwerk war.

Dem späteren Betrachter war nach der Katastrophe von 1914-18 und den Folgen klar, wohin die Reise führte. Aber hinterher ist man immer klüger.

Wie ist es mit demjenigen, der noch im historischen Prozess drinsteckt und ihn nicht rückwirkend betrachten kann? Wie werden Liberale mit einem solchen Trend fertig, wie reagieren sie strategisch darauf?

Wenn ich hier über »Eugen Richters Bedeutung für die Gegenwart« referieren soll, dann wirkt sich der historisch gesehen ja höchst unglückliche Umstand, dass der Links- oder Fortschrittsliberalismus zwischen 1893 und 1910 in zwei Parteien aufgespalten war, ausnahmsweise einmal günstig aus. Die verschiedenen Reaktionsmuster liegen so offenkundiger dar als dies vielleicht sonst geschähe.

Aber was sollte uns das heute noch sagen? Schalten wir also von Eugen Richters Todesjahr 1906 auf unser Jetztjahr 2006 um.

Es soll hier keine Schwarzmalerei betrieben werden. Dass alles in einer Katastrophe wie 1914 endet, sei also nicht behauptet. Entscheidend ist aber, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der liberale Werte immer mehr in die Defensive geraten.

Bis vor einigen Jahren sah es noch besser aus. Der wohlfahrtsstaatliche, oftmals auch keynesianische Politikansatz kam in den 70er Jahren, der Zeit der Stagflation und der beginnenden strukturellen Arbeitslosigkeit, immer mehr in die Krise. Ralf Dahrendorf schrieb über das Ende des »sozialdemokratischen Zeitalters«. Regierungen, die zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet liberalreformerisch auftraten (Margret Thatcher in Großbritannien etwa), wurden in den 80er Jahren in Amt und Würden gehoben. Das galt auch für Deutschland, wenngleich die Regierung Kohl nicht so recht hielt, was sie versprach. Der Systemkonvergenztheorie, die manchmal der Entspannungspolitik gegenüber dem Sowjetimperium anhaftete, wich einer klaren Einsicht, dass man es doch letztlich mit einem Kampf zwischen Freiheit und Unfreiheit zu tun habe. Ronald Reagans damals Skandal erregender Spruch vom »evil empire« erwies sich bald nicht nur als zunehmend zustimmungswürdig, sondern setzte sich in Taten um, die den Niedergang der Sowjetunion beschleunigten.

nigten. Nach dem Sieg des Westens redete man sogar vom Ende der Geschichte. Demokratie und freie Wirtschaft unwiederbringlich gefestigt – diese Aussicht inspirierte zu Wahlkampfaufklebern in Deutschland: »Die 90er Jahre versprechen ein liberales Jahrzehnt zu werden.«

Haben wir für die kommenden zehn Jahre eine ebensolche Erwartung? Das tun wohl nur die wenigsten. Nach der Abwahl der Reformregierung in der Slowakei gibt es weltweit kaum noch eine Regierung, die so etwas wie eine echte liberale Meinungsführerschaft initiiert. In Amerika (der großen Meinungsmacht der Welt) hat ein etatistischer Konservatismus die Macht inne, die Opposition hat sich in den Bann Michael Moores ziehen lassen. Viele, die sich in Europa davon etwas versprechen, werden bald die Probleme entdecken, die sich aus der neuen protektionistischen Wirtschaftsagenda dort ergeben werden. In Großbritannien neigt sich die Ära des aufgeklärt-liberalen Sozialdemokratismus Tony Blairs dem Ende zu. Alle Parteien dort verfolgen nun eine wesentlich etatistischere Richtung.

Hinzu kommt die Krise jener internationalen Institutionen, die sich per Auftrag um Liberalisierung zu kümmern haben, namentlich die WTO. Die Doha-Runde, die der liberalen Entwicklungspolitik handelspolitisch auf die Sprünge helfen sollte, liegt siechend danieder – alle zaghaften Wiederbelebungsversuche scheinen wirkungslos. In der EU scheint sogar Binnenprotektionismus en vogue zu werden, wie die Verwässerung der Dienstleistungsrichtlinie zeigt.

Eine massive Rückkehr zum Protektionismus wird mit großer Wahrscheinlichkeit die politischen Koordinaten in Innen- und Außenpolitik verschieben. Wir sehen die Wiederkunft von Rohstoffnationalismus in Russland, Venezuela und anderen Ländern. Dies wird von geostrategischen Umorientierungen in den Politikkonzepten rohstoffarmer Industrieländer (oft nur kaschiert nationalistisch) begleitet. Von hier aus führt der Weg zu mehr Intoleranz gegenüber allem Ausländischen. Linke und rechte Globalisierungsgegner scheinen sich hier immer mehr anzunähern wie Oskar Lafontaines recht offen betriebenen Stimmenfangen nach rechts (gegen »Fremdarbeiter«) im letzten Bundestagswahlkampf zeigte. Es spielt sich ab, was Eugen Richter seinerzeit klar erkannt hatte: Verschieben sich die wirtschaftspolitischen Koordinaten gegen die Freiheit, verschieben sich bald auch die Koordinaten anderer Politikbereiche in dieselbe Richtung.

In diesem internationalen Kontext wirkt die gegenwärtige Machtkonstellation in der Bundesrepublik – die Große Koalition – umso besorgniserregender. Alle Hoffnungen, dass diese Koalition aufgrund ihrer numerischen Stärke vielleicht doch einige sonst für unmöglich erachtete liberale Reformen durchziehen werde, sind wohl selbst bei den Naivsten mittlerweile geschwunden. Dies ist bei einer Konstellation, in dem die beiden Großblöcke fast ungehindert »agenda-setting« betreiben können, prekär. Die zumindest in den Eliten

und auch Teilen der Medien *nolens volens* dominierende Reformstimmung in den Medien ist fast auf einen Schlag verschwunden. Dieser Verlust wird schwerlich schnell wieder aufholbar sein.

Entsprechend ist auch der Zeitgeist. Nicht nur das Parteienspektrum hat sich verschoben, etwa bei der SPD, die links Stimmen von der PDS zurückholen muss, und seit der Heuschreckenkampagne immer mehr in Populismus verfällt, und auch bei der CDU, bei der sich die einfache, aber falsche Auffassung, die Wahlniederlage sei nicht Folge strategischer Fehler gewesen, sondern des Reformkurses, mittlerweile konkurrenzlos durchgesetzt hat.

Nein, auch die Stimmungslage kippt, wie das eigentlich kaum anders zu erwarten war, wenn ein solches Machtkartell die öffentliche Meinung dominiert. Zumal: Das Ganze kann sich auf die Ausnutzung urdeutscher Ängste berufen und stützen. Der Reformwille, der noch vor 1 ½ Jahren die Oberhand gewonnen zu haben schien, war ja mehr Einsicht in die grausame Notwendigkeit, denn Freude an Freiheit. Die Werte beginnen sich wieder zu verschieben. Das Allensbacher Institut stellt eine abnehmende Präferenz der Bundesbürger für den Wert der Freiheit fest, wenn er dem Wert der Gleichheit gegenüber gestellt wird. Das gilt selbst inzwischen für den Westen, dessen Bevölkerung sich mentalitätsmäßig dem per se weniger freiheitsliebenden Osten dramatisch anzunähern scheint.

Das Programm wirtschaftlicher Liberalisierung wird zunehmend mit dem Liberalismus als solchem gleichgesetzt, und unter dem vagen, aber unheilswangeren Begriff »Neoliberalismus« verächtlich gemacht. Dabei spielen wie zu Richters Zeiten (wenngleich auch etwas subtiler platziert) nationale Abgrenzungen eine Rolle. Man wolle keine »amerikanischen Verhältnisse«. Der »amerikanische Kapitalismus« bedrohe das »europäische Sozialmodell« und dessen Errungenschaften, zu denen – so könnten Spötter sagen – vor allem hohe strukturelle Arbeitslosigkeit gehört. In der Wirtschaftspublizistik – bisher noch eine liberale Hochburg – werden Autoren wie Gabor Steingarts Buch »Weltkrieg um Wohlstand« zum Hit, ja zu Autoren des erfolgreichsten Wirtschaftsbuch des Jahres, in dem eine Rückkehr zur altwilhelminischen Handelsblockpolitik gefordert wird. Die »gelbe Gefahr« – Chinas Macht – lässt dabei grüßen. Auch sonst ist in mancher Hinsicht abgrenzende Ressentimentpolitik angesagt. Was dem illiberalen Nationalen in Richters Zeiten der »englische Händlergeist« war, ist dem heutigen Liberalismuskritiker sein antiamerikanisches Feindbild. Gewürzt wurde es damals mit gegen den Kapitalismus gerichteten antisemitischen Einlagen – was sich heute zwar noch (?) verbietet, aber mit dem Antizionismus wenigstens einen Teilersatz erfahren hat.

Antikapitalismus so als kulturelle Grundattitüde verstanden, wird schnell zur umfassenden Gefahr für den Liberalismus. Die Freude an Freiheit einschränkendem Interventionismus nimmt nicht nur im wirtschaftlichen Bereich zu.

Der Hang, Freiheitsrechte dem Sicherheitsgedanken zu opfern, wird größer. Eine latente Fremdenfeindlichkeit wird selbst in bürgerlichen Kreisen immer salonfähiger. Gemeinschaftswerte – etwa die Rückbesinnung auf die Familie – werden nicht mehr in dem Sinne liberaler Interpretation wahrgenommen, wie dies Ralf Dahrendorf mit dem Begriff »Ligaturen« einst tat – jene freiwilligen Gemeinschaftsinstanzen, die ein liberales Gegengewicht zum staatlichen Zentralismus bilden. Sie werden zurzeit immer mehr als Plattformen staatlicher Integration und als Spielwiese für *social engineering* gesehen. Der Staat versucht – Beispiel Elterngeld – diese bisherigen Zonen gemeinschaftlicher Freiheit zu unterjochen. Welche Sprache auf Schulhöfen gesprochen wird, die Tabuisierung vermeintlicher Diskriminierung (in Wirklichkeit oft reine Privatangelegenheit), die Betreuung von Kindern, was als Schulpausenmahlzeit geeignet ist – das alles wird zunehmend etatisiert.

Die scheinbar »softe« Feinregulierung des Lebens schreitet fort: Politische Korrektheit, »Antidiskriminierung«, Werbeverbote, Essensvorschriften.

Wer in der Freiheit den höchsten Wert sieht, hat zurzeit einen schweren Stand. Es muss nicht so sein, aber es ist durchaus wahrscheinlich, dass sich Liberale auf eine längere Durststrecke gefasst machen müssen.

Das bietet dem organisierten Liberalismus zunächst einmal Chance, von denen zurzeit hervorragende Umfragewerte zeugen. Es gibt aber auch Risiken, die umso größer werden wie sich die Durststrecke verlängert. Das liberale Segment wird, so besteht die Gefahr, insgesamt nicht größer, sondern es konzentriert sich nur. Es wird schwieriger, Verbündete zu finden. Der neukollektivistische Geist wird immer mehr in die institutionellen Graswurzeln eindringen.

Ohne die Gefahren von heute mit denen der Richterschen Zeit gleichsetzen zu wollen, denke ich, dass man aus dem Studium des Reaktionsmusters der beiden Fortschrittliberalen Parteien durchaus Gewinn ziehen kann.

Die Reaktion Richters und seiner Freisinnigen Volkspartei wurde – wenn auch nicht immer ganz zu Recht – als negativistisch wahrgenommen. Als begabter Redner und noch begabterer Haushaltsexperte verpflichtete Richter alle unliberalen Projekte seiner Gegner. Er galt schließlich als der einzige Abgeordnete, der der Regierung an Wissensstand in Budgetfragen gewachsen war, und der Haushaltsvorlagen bis ins letzte Detail analysieren konnte.

»Mit dem Rechenstift des gewissenhaften Buchhalters suchte Richter das dynastische Machtstreben des Militarismus zu bekämpfen.« So hat es Friedrich C. Sell einmal formuliert.

Das hat Richter den Ruf eingebracht, er sei doktrinär und zugleich pedantisch gewesen. Das ging schließlich soweit, dass ihm noch heute selbst von Liberalen der Vorwurf gemacht wird, er sei gar ein »entschiedener Liberaler« gewesen – so als ob dies nicht eigentlich auch ein Lob sein sollte. Auch hätte sein Werdegang als sozial engagierter Genossenschaftler, als vom Polizeistaat

einst Verfolgter und vor allem sein mit noblen Worten und viel Herzblut geführter Kampf gegen den Antisemitismus eigentlich auch der Vorwurf von pedantischer Kleingeistigkeit als gehässige Diffamierung erkannt werden müssen. Und ist ein »negatives Programm« nicht in Wirklichkeit in einem sehr »positiven Programm« getragen, wenn es um den Kampf gegen so eindeutige Illiberalismen wie Protektionismus, Kolonialismus, Antisemitismus oder Sozialpaternalismus geht? Die positive Authentizität machte eine nicht unerhebliche Stärke Richters aus.

Die Freisinnige Vereinigung unter Friedrich Naumann und Theodor Barth sah hingegen nicht ohne Grund, dass aber auch die positive Besetzung von Themen nötig war. Sie verfolgte eine andere Strategie. Dazu bedurfte es, so die Logik, einer Umformulierung des liberalen Gedankens.

Richters Kritik am machtsstaatlichen Imperialismus, Flottenaufrüstung und Kolonialismus wurde als Verkennung der Bedürfnisse des volkstümlichen Machtstaats gedeutet. Stattdessen müsse man sich anpassen. Aber war es eine vorausschauende Position, wenn Theodor Barth, der mit dem Schlachtruf »der Liberalismus muss eine große nationale Politik treiben«, das Flottenprogramm stützte, gleichzeitig aber 1908 auf dem Londoner Freihandelskongress ernsthaft die Verständigung mit England beschwört, die zu zerstören ja im Grunde der Zweck der Flottenpolitik gewesen war? Was hatte der Flottenausrüster Barth mit dem echten Linksliberalen Barth noch gemein, der in der gleichen Rede sagte: »Freihandel ist heute bei weitem die stärkste Garantie des europäischen Friedens. . . Ich weiß nur dies, dass die ganze Welt und die Friedensführer darin England verpflichtet ist, wenn es dieser Politik treu bleibt.«

Es behinderte vor allem ein durchaus sinnvolles Ziel, das man durch eine Abkehr von marktwirtschaftlichen Positionen erreichen wollte. Diejenigen, die nun eine eigene Variante des demokratischen Sozialetatismus vorantreiben wollten, lagen parteitaktisch vielleicht gar nicht völlig falsch. Man hat das oft als langfristig angelegte Weisheit bezeichnet, weil es neue Bündnischancen mit einer sich moderierenden Sozialdemokratie gegen das alte »Establishment« ermöglichte. Selbst bekennende »Manchester-Liberale« wie Theodor Barth schlossen sich deshalb diesem Argument an. In Wirklichkeit war es wohl eher kurzfristige Taktik denn langfristige Strategie, denn es erodierte alte Wählerschichten und erschloss neue nicht im erwarteten Maße. In Verbindung mit der Befürwortung von Kolonialismus und Flottenpolitik musste das den potentiellen Bündnispartnern in hohem Maße suspekt erscheinen, da die sozialdemokratische Politik in hohem Maße antimilitaristisch ausgerichtet war. Hier stand die Sozialdemokratie vielleicht sogar den klassischen Manchesterliberalen wie Richter recht nahe. Der Spagat zwischen dem nationalistischem Wilhelmismus, der Sozialdemokratie und einem genuinem Liberalismus wollte nicht so recht gelingen.

Was stand am Ende? Die Freisinnige Vereinigung war sicher die Partei der intellektuell interessanteren Debatte, und wurde zu Recht auch so bis heute wahrgenommen. Sie war damit aber auch per se eine Partei mit kleiner Basis – einer instabilen Basis, die sich zunehmend als abhängig vom wilhelminischen Staat erwies. Eine Lehrer- und Pfarrerpartei eben, wie Richter einmal spottete. Der Snobbismus, mit dem Theodor Barth konterte, war bezeichnend. Wenn jemand Mosel- von Rheinwein unterscheiden könne, dann müsse er der Freisinnigen Vereinigung angehören, sonst sei er wohl eher Richters Partei zugehörig. Ist das die Rhetorik, die das Bündnis zwischen Liberalismus und Arbeiterklasse stiften kann?

Folgerichtig erhielt bei allen Wahlen, in denen die Linksliberalen getrennt auftraten, die Partei Richters mehr Stimmen, wobei sie auch weniger »Besserverdienende« ansprachen. Das alles aber zu einem furchtbaren Preis: Der Gesamtkuchen wurde kleiner.

Der Zwickmühle, in der sich die fortschrittlichen Liberalen befanden, war nicht leicht zu entinnen. Der Ausverkauf programmatischer Kernpositionen war durchaus nicht der langfristig richtige Weg. Er ließ die Liberalen schließlich geradezu überflüssig erscheinen zwischen den beiden gegnerischen Blöcken. Ohne die Spaltung von 1893 und ihre recht harte Aufrechterhaltung durch Richter hätten die Fortschrittsliberalen das Problem jedoch leichter konfrontieren können. Die Kehrseite seiner Prinzipientreue war die Unfähigkeit Richters, sich mit inhaltlich in vielen Fragen Nahestehenden wie etwa Ludwig Bamberger und anderen auf einen relativ »schmerzlosen« Kompromiss einigen zu können. 1903 waren die Linksliberalen (beide Parteien zusammen) im Reichstag an Mandaten um die Hälfte gegenüber 1893 reduziert worden. Als 1910 nach Richters Tod die Wiedervereinigung der beiden linksliberalen Parteien erreicht wurde, war es wohl zu spät. Eine starke politische Kraft, die die zerstörerischen Kräfte des Wilhelminismus effektiv eindämmen konnte, entstand so nicht mehr. Der Liberalismus der Zeit unmittelbar vor 1914 trug viele der verhängnisvollen Politiken – etwa Flottenpolitik und Imperialismus – mit.

Richters Pech – und das der Fortschrittsliberalen überhaupt – war, dass die Gegner einen unauflöschlichen Widerspruch zwischen taktischen Notwendigkeiten und politischen Zielen herzustellen wussten, aus dem nur schwer herauszukommen war.

Die Lehre für heute? Es bietet sich keine offenkundige an. Sie ist, da die Zeiten nicht völlig vergleichbar sind, natürlich nicht eindeutig bestimmbar. Der organisierte Liberalismus ist gottlob nicht so kleinteilig gespalten, wie dies noch bis in die Weimarer Republik hinein der Fall gewesen ist. Das kann, muss aber nicht zur glücklichen Synthese aller Vorteile führen. In den frühen 70er Jahren folgte die FDP – sympathischerweise aber ohne die Anbetung von Militarismus und Wilhelminismus – in vieler Hinsicht der Freisinnigen Verei-

nigung. Sie versuchte dem Zeitgeist zu folgen in einer Zeit, als der Liberalismus abermals in die Defensive geriet, diesmal von der damals noch frisch geborenen 68er-Generation. Wieder wurde sie intellektuell stark und elektoral schwach.

Ein Zuviel an Anpassung an den Gegner tut nie gut. Umgekehrt, so ist allerdings zu befürchten, nutzt die reine negative Kritik auch nur begrenzt. Im heutigen Kontext ausgedrückt: Nur mit bürgerlicher Gegnerschaft können die Liberalen sicher noch über eine geraume Zeit viele Menge Frustrierte bürgerliche Wähler von anderen Parteien – insbesondere den Christdemokraten – weglocken. Aber können sie sie auch langfristig binden?

Ich denke, es ist klar: Man muss stets die glaubwürdigen Alternativen bereithalten. Man muss die engen Grenzen der Anpassung kennen, dadurch Identität wahren und trotzdem positiv die Agenda zu bestimmen trachten. Das ist nicht einfach. Man muss dabei vor allem dem Bindestrich-Liberalismus eine Absage erteilen. Freiheit muss als ganze, umfassende Agenda erkannt werden. Das heißt zum Beispiel, dass es keine Verengung auf den Wirtschaftsliberalismus geben darf, dass aber die Themenerweiterungen auch nicht zu Lasten des wirtschaftlichen Profils gehen dürfen. Hier gilt ganz und gar das Motto Eugen Richters, der dies 1896 auf den Punkt brachte:

»Die wirtschaftliche Freiheit hat keine Sicherheit ohne politische Freiheit, und die politische Freiheit findet ihre Sicherheit nur in der wirtschaftlichen Freiheit.«

Auch bei der Lösung der sozialen Frage, deren Abhandlung durch Richter von der Nachwelt stets kritisch gesehen wurde, ist es schließlich möglich, den freiheitlichen Impetus zu erhalten.

Richter war hier übrigens durchaus vorsichtig, aber keineswegs so doktrinär wie gemeinhin dargestellt.

Zum Beispiel war seine seine Gegnerschaft zu der als Voraussetzung der Bismarckschen Unfallversicherung einzurichtende Reichsversicherungsanstalt im Mai 1881 keineswegs prinzipieller Natur, sondern vielmehr versprach er sich mehr davon, wenn diese dezentraler als Landesanstalten betrieben würden. Er argumentierte vor allem gegen die Errichtung von Monopolen und die Eliminierung von Wettbewerb – ein ehrenwert liberales Anliegen.

Auch die Entwicklung der kollektiven Selbsthilfe in Form der Genossenschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sah er durchaus als etwas, das einer staatlichen Ordnungsgesetzgebung bedurfte.

Das Vertrauen auf die rechtlich ordnende, aber nicht intervenierende Hand des Staates, mag bei Richter sehr zaghaft gedacht worden sein, ist aber durchaus ein lohnender Ansatz für Liberale. Kein geringerer als Ludwig Erhard hat einmal gesagt, dass die jugendliche Erinnerung an Richter eine seiner ordnungspolitischen Inspirationen war.

Während man denjenigen, die den Ausbau des Sozialstaates offensiv betrieben, über Jahre die politische Weitsicht zusprach, und Richters Kritik daran als veraltet abtat, müsste man heute sogar vielleicht zu dem Schluss kommen, dass Richters Weitsicht vielleicht noch weitsichtiger war. Das Problem, dass ein einmal ausgebildeter Sozialstaat schnell zu viele Wünsche und Begehrlichkeiten wecken könne, und strukturell dazu tendiere, sich zu übernehmen, ist heute unübersehbar geworden. Welcher heutige Liberale könnte dem Satz von 1896 nicht zustimmen, man »erweckte hier wachsende Ansprüche gegen den Staat, die kein Staatswesen auf die Dauer befriedigen kann . . .« Den Sozialismus in seiner totalitären Ausprägung sah er ebenfalls klar voraus, wie sein berühmtestes Werk, der Kurzroman »Sozialdemokratische Zukunftsbilder«, grandios darlegte. Richter schilderte darin ein fiktives Familienschicksal in einer (nicht so fernen) Zukunft, in der die Sozialdemokraten die Herrschaft gewonnen haben. Die sich ausbreitende Mangelwirtschaft wird dabei in drastischen Farben geschildert, desgleichen der zunehmend autoritär-repressive Charakter des sich zunächst radikal demokratisch gebenden politischen Systems. Am Schluss sieht sich das Regime gezwungen, die Grenzen zu schließen und auf fliehende Auswanderer schießen zu lassen. Der real-existierende Sozialismus der »DDR« wurde so in geradezu seherischer Weise vorweg genommen. Nur in einem Punkt war Richter dabei dem Sozialismus gegenüber noch zu gnädig. Der durch die ausufernde Staatstätigkeit an den Rand der Erschöpfung getriebene Kanzler der Sozialdemokraten beklagt sich, weil er aufgrund der realisierten Gleichheit sich kein Personal halten dürfe, das ihm die Alltagsarbeit abnehme, und er finanziell darbe. Richter hätte sehen müssen, dass auch sozialistische Machthaber, wenn sie erst einmal das Machtmonopol innehaben, sich selbst durchaus mit Privilegien zu versorgen, wie nicht nur das Beispiel des Sowjetkommunismus schließlich eindrücklich beweist.

Wissen wir es? Vielleicht wird vieles von dem, was an Richter lange als veraltet galt, irgendwann wieder aktuell. Vielleicht gehört die Skepsis des vom Instinkt her volksnah demokratischen Politikers Eugen Richters an der reinen Demokratie dazu. Die Demokratisierung der Gesellschaft war das Mittel, mit dem Linkliberale und Sozialdemokraten lange Zeit den etatistischen Eingriff mit der Vision liberaler Freiheitsrechte in Einklang zu bringen trachteten. Die Mitbestimmung sollte Freiheit in einer größer und dichter verregelten Welt sichern helfen. Und sie hatten Recht, dass man den Sozialstaat nicht nur – wie Richter – als etwas in den Händen von Autokraten Befindliches denken durfte.

Indes hatte Richter eine merkwürdig ambivalente Einstellung zur Demokratie. Er kritisierte stets das preußische Dreiklassenwahlrecht, konnte sich aber nie zur Forderung seiner Überwindung durchringen. Das wirkt gerade im Lichte eines »entschieden liberalen« Rechtsverständnisses recht befremdlich. Viel-

leicht sah er, dass das bisherige System zwar die Interessengesetzgebung für die Eliten beförderte, aber die demokratischere Gegenvision – von Sozialliberalen und Sozialdemokraten als Chance begriffen – die gesellschaftliche Verankerung von Freiheit unterminierte. Dies galt insbesondere, wenn der Staat zunehmend sozialinterventionistischer agierte.

Oft genug wurde Richter vorgeworfen, er habe im Staat stets den obrigkeitlichen Militär- und Junkerstaat vermutet, für den eine gewisse Skepsis in Bezug auf paternalistische Etatismen ja auch angebracht gewesen sei, während im demokratischen Kontext die Risiken nicht bestünden. Richter hingegen war klar, dass ein Zuviel an Staatsvorsorge auch im demokratischen Kontext Probleme aufwerfe.

Auf die heutige Zeit gewendet: Demographen attestieren der deutschen Gesellschaft bereits eine deutliche »Dominanz der unproduktiven Klassen«. Für nur noch 39% ist Erwerbsarbeit die wichtigste Unterhaltsquelle. 1991 waren es noch 44%. Die Renten- und Sozialleistungsempfänger sind in der Mehrheit. Und bei dieser Zahl sind nicht einmal diejenigen mit einberechnet, die ihr Arbeitseinkommen staatsabhängig erwirtschaften – etwa die Beamten. Im Lichte dieser Entwicklung kann die liberale Demokratie zur Falle für den Liberalismus werden. Dies erklärt, warum Reformverweigerung immer mehr um sich greift, warum kurzfristiges Besitzstandsdenken über das langfristige Wohl des Landes dominiert.

Wir stehen vielleicht am Anfang einer Entwicklung, in der sich die liberale Idee der Freiheit und die liberale Idee der Demokratie zu trennen beginnen oder sich gar gegenläufig entwickeln. Das wäre verheerend, ist aber als Grundkonflikt der liberalen Demokratie von Liberalen stets erkannt worden. Deshalb muss dieser Entwicklung entgegen getreten werden – und zwar mit der skeptischen Grundhaltung Richters, nicht mit der Naivität mancher seiner linksliberalen Konkurrenten.

Damit wären wir bei einem politischen Ziel, das Eugen Richter – lebte er heute – sicher auch von Herzen unterstützen würde: Die Stärkung individueller wirtschaftlicher Selbständigkeit. Dies gilt im Bereich der Sozialversicherungen, wo individualisierte Rentenkonto ohne kollektiven Generationenvertrag wenigstens ein Gefühl dafür gäben, dass hier etwas Erarbeitetes vorliege. Oder die Verpflichtung in einem wettbewerbsorientierten Gesundheitssystem, erst einmal vorgestreckte Zahlungen rückerstattet zu kriegen (ähnliches wäre auch bei der Einkommensteuer schön, wenngleich ebenso unrealistisch) – dies würde Kostenbewusstsein schaffen. Das Gefühl, dass auch ein legitimer Sozialstaat immer vom Griff in anderer Leute Tasche lebt, ist uns abhanden gekommen – eine Gefahr, die Richter früher – vielleicht verfrüht – begriff.

Vermögensbildung und Beteiligungskapital gehören wieder offensiv auf die liberale Agenda. Es nutzt Liberalen nicht, das Residuum für frustrierte bürger-

liche Restwähler zu werden. Es braucht die Vision einer Gesellschaft, in der Freiheit wieder substantiell verankert und mit sozialer Basis ausgestattet ist. Das ist nicht leicht und die entsprechende Agenda bedarf sorgfältigen Aufbaus. Vor allem ist das alles nicht zu haben, wenn man selbst in seinen Prinzipien schwach ist. Dies war Eugen Richter bestimmt nicht, und darin liegt vielleicht seine besondere Vorbildfunktion – allen seinen Schwächen zum Trotz. Ja, die Zeiten mögen hart sein. Was der Historiker Erich Eyck 1931 über Richter sagte, sollte daher zur liberalen Leittugend werden: »Heute . . . wissen wir einen Mann doppelt zu schätzen, der nie seine in ernster Gedankenarbeit erworbene Überzeugung verleugnete und mit ungebrochenem Mut für sie kämpfte, auch wenn Wind und Wetter gegen ihn waren.«

